

Online-Amt kommt

von Helmut Semmet

In Brandenburg haben Land und Kommunen einen E-Government-Pakt geschlossen. Im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative soll ein behördenübergreifendes Verwaltungsportal mit Online-Angeboten für Bürger und Wirtschaft entstehen.

Der Beschluss der Landesregierung Brandenburg zum Doppelhaushalt 2005/2006 lässt keine Illusionen aufkommen: Haushaltskonsolidierung und Konzentration auf das Notwendige sind auch für die nächsten Jahre angesagt. Die Kürzungen treffen sowohl das Land wie auch die kommunale Ebene. Insofern stellt sich die Frage, wie sich das Ziel der Gemeinschaftsinitiative Deutschland-Online realisieren lässt, bis 2008 alle geeigneten

dem Gebiet des E-Government das kontinuierliche Gespräch zwischen Vertretern des Landes und der kommunalen Seite. Diese intensiven Kontakte – nicht zuletzt aber auch die sich abzeichnenden Handlungszwänge – führten zu der Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit auf ein neues Fundament gestellt werden und in die Realisierung konkreter Projekte münden muss.

Mit der zwischen Innenministerium und den kommunalen Spitzen-

den nächsten zwei Jahren notwendigen Finanzmittel konnten – trotz heftiger Einschnitte in vielen Bereichen des Sparhaushalts – durch den Schulterschluss mit der kommunalen Ebene abgesichert werden. Dies eröffnet den Vertragspartnern einigen Gestaltungsspielraum, zwingt aber zugleich auch zu Einigkeit bei der Umsetzung.

Die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „eBürgerdienste für Brandenburg“ konzentriert sich im wesentlichen auf folgende Schwerpunkte:

- Aufbau eines gemeinsamen Verwaltungsportals für Land und kommunale Ebene,
- Bereitstellung von E-Government-Basiskomponenten für Land und Kommunen,
- Umsetzung von beiderseits wichtigen Online-Diensten sowie
- Sicherstellung einer Infrastruktur für den sicheren Datenaustausch.

Mit dem Brandenburger Online Amt (BOA) richtet das Land ein Verwaltungsportal ein, das den Zugang zu relevanten Dienstleistungen der Landes- und Kommunalverwaltungen bündeln soll. Informationen über öffentliche Dienstleistungen sind heute bereits an vielen Stellen vorhanden, meist aber verborgen



Brandenburg: Kommunen und Land ziehen an einem Strang.*

Verwaltungsdienstleistungen auch auf elektronischem Wege anzubieten. Seit vielen Jahren gibt es auf

entwicklungen soweit wie möglich zu vermeiden und die Kosten für Infrastrukturmaßnahmen und für den Betrieb gemeinsam benötigter Basiskomponenten durch ein abgestimmtes Vorgehen zu begrenzen. Die für die praktische Umsetzung in

* v.l.n.r.: Karl-Ludwig Böttcher, Städte- und Gemeindebund, Innenminister Jörg Schönbohm, Paul-Peter Humpert, Landkreistag.

auf unterschiedlichen Ebenen der zahlreich angebotenen Portale. Sie zu finden ist das Kunststück. Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung zu beschreiben und den Nutzer über eine geeignete Navigation zu den zuständigen Verwaltungsstrukturen zu führen, wird eine wichtige Aufgabe sein. Darüber hinaus wird BOA gemeinsame Basiskomponenten für die Realisierung von Online-Diensten enthalten. Der Beitritt des Landes Brandenburg zum Governikus-Pflegevertrag war ein erster Schritt. Derzeit wird der Aufbau einer virtuellen Poststelle sowie eines Formularservices ausgeschrieben.

Ein weiteres Ziel der Vereinbarung ist die gemeinsame Realisierung von Online-Diensten und ihre Einbindung in BOA. Ein Beispiel dafür ist das Projekt Meldedaten Online. Dies ist ein Vorhaben, das für viele andere Modernisierungsmaßnahmen wichtig ist. Geplant ist der Aufbau einer zentralen elektronischen Meldedatenankunft für das Land Brandenburg bis Ende 2006. Dies wird die bisher aufwändige Recherche über die 197 Meldestellen des Landes erheblich vereinfachen. Ergänzend dazu werden Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Clearingstelle für die elektronische Rückmeldung zwischen den Meldestellen der Länder aufbauen.

Die schrittweise Umsetzung und Einbindung von weiteren Modellverfahren für Online-Dienste der kommunalen Ebene in BOA soll in den Jahren 2006 bis 2008 erfolgen. Nach dem Prinzip „Einer-für-Alle“ will das Land hier die interkommunale Zusammenarbeit fördern, ohne dabei „das Rad noch einmal erfinden“ zu wollen. Gute Lösungen der eigenen Kommunen oder aus

anderen Ländern sollen hierbei mit Priorität auf ihre Eignung für BOA geprüft werden.

Ein ebenso wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist der sichere und effektive Datenaustausch. Das gilt sowohl zwischen Land und Kommunen als auch für den interkommunalen Bereich selbst. Alle Anwendungen zwischen Dienststellen des Landes und der Kommunen werden bereits heute über Kopfstellen in den Landkreisen beziehungsweise den kreisfreien Städten geführt. Damit haben die kommunalen Ansprechpartner die Steuerung ihrer Kommunikationsverbindungen selbst in der Hand. Derzeit wird geprüft, wie durch geeignete Nutzung des Landesverwaltungsnetzes auch günstige Rahmenbedingungen für die interkommunale Vernetzung geschaffen werden können.

Land und Kommunen haben sich Einiges vorgenommen. Gemeinsam besteht die Überzeugung, dass sich die Herausforderungen des E-Government letztlich nur durch einen engen Schulterschluss über die Verwaltungsebenen hinweg lösen lassen. Die Realität zeigt, dass kleinere Kommunen allein die Aufgabe schon heute meist nicht lösen können. Selbst Landkreise und große Städte sind zunehmend auf Kooperation angewiesen. Die Umsetzung gelingt nur, wenn sich möglichst viele Kommunen aktiv in die Kooperation einbringen. Hierfür sind die Rahmenbedingungen nicht schlecht: Knappe Kassen motivieren zur Zusammenarbeit.

Helmut Semmet ist im Ministerium des Innern (MI) des Landes Brandenburg als Referatsleiter und E-Government-Beauftragter des Innenministeriums tätig.